

Personenstandsrecht 2009

Unterhaltsansprüche entfallen bei rein kirchlicher Trauung

zwd Berlin (tag). Eine kirchliche Trauung ist ab dem kommenden Jahr auch ohne eine vorherige standesamtliche Hochzeit möglich. An dieser neuen Eheregelung hat sich zwischen PolitikerInnen, Kirchen und Verbänden eine breite Debatte über die möglichen Risiken einer „Hochzeit ohne Standesamt“ entzündet.

Einer der Hauptkritikpunkte gegenüber einer ausschließlich kirchlichen Heirat richtet sich gegen den möglichen Verlust von staatlichen Rechten der Eheleute. „Rein kirchlich geschlossene Ehen bieten keinerlei rechtliche Absicherung“, monierte Bayerns Frauenministerin Christa Stewens (CSU) am 10. Juli in München. Besonders für Frauen und Kinder bedeute dies erhebliche Nachteile, beispielsweise keine Unterhalts- oder Erbensprüche.

Die christsoziale Ministerin forderte die Bundesregierung auf, die „unausgewogene Eherechtsänderung“ nochmals zu überdenken. Auch die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes und die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) warnten davor, dass die Rechte in einer staatlichen Ehe bei einer rein religiösen Hochzeit umgangen werden könnten.

„Die „Lohnsteuerhilfe Bayern“ riet Paaren, nicht auf das Standesamt zu verzichten. „Ehepaare, die auf eine rein kirchliche Trauungszeremonie setzen, werden steuerlich wie Alleinstehende behandelt.“ Sie könnten beispielsweise nicht vom Ehegattensplitting profitieren, erklärte Gerald Ahlen-dorf von der Lohnsteuerhilfe Bayern.

Kirchliche Trauung: Chance für „zivile Effekte“

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick beklagte in einem Interview mit Radio Vatikan, dass die Kirche in die Parlamentsentscheidung für die neue Eheregelung nicht einbezogen wurde. Nun bestehe die Chance zum Verhandeln und Diskutieren – etwa über eine zivilrechtliche Anerkennung der kirchlichen Trauung.

Warnung vor Polygamie und Zwangsehen

Die ab 2009 ohne Beteiligung des Standesamtes möglichen kirchlichen Eheschließungen könnten einen Anstieg von Zwangsheiraten nach sich ziehen, befürchtete Terre des Femmes. Die migrations- und integrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sevim Dagdelen, kritisierte hinsichtlich der Angst vor vermehrten Zwangsehen eine Äußerung von Maria Böhmer (CDU): „Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hat muslimische Verbände aufgefordert, bei der Verhinderung von Vielehen und Zwangsverheiratungen mitzuwirken.“ Wenn Böhmer eine rechtliche Absicherung von Frauen in der Ehe wolle, müsse sie sich an die Bundesregierung und nicht an die muslimischen Verbände wenden. Im Übrigen könne das Gesetz nicht nur von radikalen Muslimen ausgenutzt werden, sondern auch von Christen, ergänzte Dagdelen.

Die Warnung vor Polygamie rückte ebenfalls ins Zentrum der Debatte: „Ich habe null Komma null Verständnis dafür, dass künftig zum Beispiel in Deutschland die muslimische Vielehe legal sein soll, während sie in der Türkei verboten ist“, betonte die bayerische Frauenministerin Stewens.

„Da ist uns etwas durchgegangen“, konstatierte der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz. „Nach deutschem Recht sind Vielehen verboten, und wir können kein Gesetz in Kraft setzen, dass es möglich macht, in 24 Kirchen 24 PartnerInnen zu heiraten“, sagte der SPD-Politiker in einer Presseerklärung des Deutschen Bundestages.



Autonome Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz „Sexuelle Gewalt auf allen Ebenen bekämpfen“

zwd Berlin (tag). Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der autonomen Frauennotrufe Rheinland-Pfalz hat am 22. Juli ihren Jahresbericht 2007 vorgestellt. Präventionsarbeit sowie die Unterstützung weiblicher Opfer sexueller Gewalt sind zentrale Arbeitsschwerpunkte der rheinland-pfälzischen Frauennotrufe.

Aus dem 19-seitigen Bericht geht hervor, dass sich 1.018 betroffene Frauen und Mädchen und 790 Bezugspersonen im Jahr 2007 an die Notrufe in Rheinland-Pfalz wandten. Dort fanden insgesamt 2.034 persönliche und 1.892 telefonische Beratungsgespräche statt. In 61 Fällen wurden die Frauen und Mädchen be-

gleitet, beispielsweise zu Gerichtsverhandlungen oder polizeilichen Vernehmungen.

Elternseminare und Fortbildungen für Fachkräfte

„Elternseminare und Fortbildungen für Fachkräfte wie LehrerInnen und ErzieherInnen sind für uns wichtige Bau-

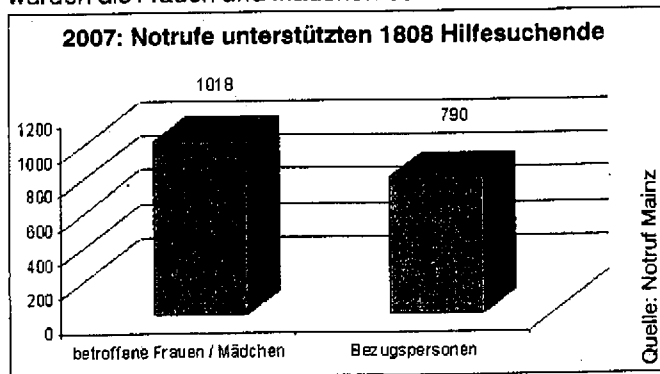
steine einer ganzheitlichen Präventionsarbeit“, erläuterte Astrid Rund vom Frauennotruf im Rhein-Hunsrück-Kreis das Präventionskonzept. Sie trugen dazu bei, Kompetenzen zu erhöhen und damit die Verantwortung der Erwachsenen im sozialen Umfeld zu stärken. 84 Weiterbildungsangebote, unter anderem für Lehrkräfte und Ärztinnen, wurden 2007 durchgeführt. Im Vorfeld von 50 Präventionsveranstaltungen für Kinder und Jugendliche fanden außerdem 21 Elterninformationsveranstaltungen statt, heißt es in dem von Rund und ihrer Mainzer Kollegin Eva Jochmann vorgelegten LAG-Bericht.

Hilfe und Prävention seit 1991

„Als sich die autonomen Notrufe 1991 in der Landesarbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, hatten wir eine gemeinsame politische Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Sexualisierte Gewalt zum Ziel“, erklärte Anette Diehl, Mitarbeiterin beim Notruf Mainz und Mitbegründerin der Landesarbeitsgemeinschaft.

Soziale und rechtliche Lage der Betroffenen verbessern

Die gesellschaftliche Aufklärung sowie die Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation betroffener Frauen und Mädchen stand und steht nach den Worten von Diehl im Zentrum der Aktivitäten auf Landesebene und in den jeweiligen Einzugsgebieten der Notrufe.



steine einer ganzheitlichen Präventionsarbeit“, erläuterte Astrid Rund vom Frauennotruf im Rhein-Hunsrück-Kreis das Präventionskonzept. Sie trugen dazu bei, Kompetenzen zu erhöhen und damit die Verantwortung der



Herdprämie: Unwort und Thema des Jahres 2007

zwd Berlin (jvo). Das Unwort des Jahres 2007 lautete „Herdprämie“. Das Wort diffamierte Eltern, insbesondere Frauen, die ihre Kinder zu Hause erziehen statt einen Krippenplatz in Anspruch zu nehmen, begründete die Jury um den Sprachwissenschaftler Prof. Horst Dieter Schlosser am 15. Januar 2008 in Frankfurt ihre Entscheidung.

Nur wenige Tage später einigten sich Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) nach monatelangem Konflikt um das Betreuungsgeld. Steinbrück lenkte ein und gab grünes Licht für das Krippenausbaugesetz, das neben dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz auch ein Betreuungsgeld vorsieht. Demnach soll „ab 2013 für die-

jenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung zum Beispiel Betreuungsgeld eingeführt werden“.

Die SPD hatte sich lange gegen diesen Kompromiss gestäubt. Nach Auffassung der SPD-Frauenpolitiker Christel Humme ist das Betreuungsgeld ein bildungs- und gleichstellungspolitischer Rückschritt. Es werde den jungen Frauen damit suggeriert, sie sollten lieber zu Hause bleiben. Zudem setze eine monatliche Zahlung für viele der sozial benachteiligten Familien einen hohen Anreiz, ihre Kinder von frühkindlichen Bildungseinrichtungen fernzuhalten.

Auch von der Leyen bezeichnete das vor allem von der CSU vehement geforderte Betreuungsgeld zunächst

als „bildungspolitische Katastrophe“. Letztendlich sprach sie sich aber dafür aus, dass „erwerbstätigen und nicht-erwerbstätigen Eltern Anerkennung entgegengebracht werden“ solle. Sie folgte damit der Stimmenmehrheit in der Union. Die CDU hatte auf ihrem Bundesparteitag im Dezember 2007 – gegen den Willen der Frauen Union (FU) – das Betreuungsgeld in ihr neues Grundsatzprogramm aufgenommen.

Das Betreuungsgeld ist im Entwurf zum Kinderförderungsgesetz nicht als eigene Gesetzesnorm geregelt, sondern lediglich in die Begründung aufgenommen. Noch ist völlig offen, in welcher Form und Höhe eine monatliche Zahlung erfolgen soll. So wird die „Herdprämie“ auch künftig ein Thema der frauenpolitischen Diskussion und der zwd-Berichterstattung bleiben.



Frank. Gesundheitspolitik, Nr. 257/2008

Psychische Erkrankungen Erzieherinnen besonders häufig betroffen

zwd Berlin (jvo). Psychische Erkrankungen verursachen zunehmend Fehlzeiten in Unternehmen. Der Anstieg ist insbesondere auf eine wachsende Diagnoserate bei Frauen zurückzuführen. Das geht aus dem Gesundheitsreport hervor, den die Techniker Krankenkasse (TK)

Psychische Störungen werden in diesem Berufsfeld bei 12,6 Prozent der Männer und 28,3 Prozent der Frauen dokumentiert. Die höchsten Raten ergeben sich in den sozialen Berufen. 35 Prozent der Seelsorgerinnen, Sozialarbeiterinnen und Erzieherinnen und 18 Prozent ihrer Kollegen erhiel-

ten bereits mindestens einmal die Diagnose einer psychischen Erkrankung gestellt.

Zu den häufigsten Einzeldiagnosen zählen Depressionen und „Reaktionen auf schwere Belastungen“. Krankschreibungen mit diesen Diagnosen erstrecken sich in der Regel über sehr lange Zeiträume. Christoph Straub, stellvertretender Vorsitzender des TK-Vorstandes, sprach sich daher für eine

verbesserte ambulante Versorgung aus. Den Betroffenen falle es vor allem nach stationären Aufenthalten oftmals schwer, wieder in ihrem Alltag in Beruf und Familie Fuß zu fassen, so Straub. Er empfiehlt den Ausbau von Angeboten, die direkt im Lebensumfeld der PatientInnen ansetzen und ihnen ermöglichen, in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben.

Diagnosen psychischer Störungen nach Berufsfeldern 2006

Berufsgruppe	Frauen	Männer
Sozial- und Erziehungsberufe, Seelsorger	35,2 %	18,8 %
Technisch-naturwissenschaftliche Berufe	28,3 %	12,6 %
Insgesamt (alle Berufsfelder)	32,1 %	15,0 %

Quelle: TK-Gesundheitsreport 2008, ausgewählte Berufsgruppen

am 11. Juni in Berlin vorgestellt hat. Demnach wurden 2006 bei fast jeder dritten erwerbstätigen Frau mindestens einmal eine psychische Störung festgestellt. Bei den Männern war fast jeder Sechste betroffen.

Die geringsten Erkrankungen finden sich bei beiden Geschlechtern für Erwerbstätige aus dem Berufsfeld technisch-naturwissenschaftlicher Berufe.

19. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros „Wir werden weniger – und wollen trotzdem alles“

zwd Frankfurt am Main (tag). Die finanzielle und wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen stand im Mittelpunkt der 19. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vom 17. bis 19. August in Frankfurt.

Ein zentraler Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft enthält die Forderung, die Geschlechtergerechtigkeit im zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) stärker zu verankern. Hierzu gehört eine geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und die Aufnahme eines geschlechtsspezifischen Controllings in die strategischen Zielformulierungen.

Darüber hinaus wird im SGB II-Beschluss kritisiert, dass die aktuellen Beitragssätze „keine volle soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen“. Hier- von seien vor allem Alleinerziehende

würde – ohne die finanzielle Lage der Familie wesentlich zu verbessern.

Weitere Beschlüsse fokussieren auf die Bekämpfung häuslicher Gewalt, Verbesserung der Situation von Prostituierten, Herausforderung „Pflegeversicherung“ während des demografischen Wandels wie auch auf Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst.

Appell in eigener Sache

Im Hinblick auf die zunehmende Streichung von Gleichstellungsstellen und Frauenbüros richteten die Bundessprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG), Gabriele Wenner und Roswitha Bocklage, einen eindringlichen Appell an ihre Mitstreiterinnen: „Wir werden weniger – wir wollen trotzdem alles: Omnipotenz ist Frauensache.“ Beide wiesen auf die erschwerten Arbeitsbedingungen hin, von denen die „Expertinnen des gesellschaftlichen Wandels“ aufgrund knapper werdender Ressourcen betroffen seien. Es entstünden gesund-

heitliche Probleme wie Stress. Der erforderliche intensive inhaltliche Austausch und die Erarbeitung effektiver Kampagnen werde durch die gestiegene Arbeitsbelastung eingeschränkt. Gleichzeitig betonten Wenner und Bocklage die Vorzüge des frauenpolitischen Engagements: „Von der Frauenbewegung gefordert und getragen, ist es auch ein toller Job, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zu sein.“ Zudem gebe es eine „gefühlte gesellschaftliche Veränderung“: Mehr Frauen studierten, der Anteil an Professorinnen wachse und mehr Väter gingen in Elternzeit.

Von der Leyen: Ungleiche Bezahlung kritisiert

Die als Gastrednerin eingeladene Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) räumte in ihrer Rede ein, dass noch einige gleichstellungspolitische Herausforderungen bewältigt werden müssten. Sie kritisierte vor allem die nach wie vor bestehende Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern. Zudem forderte die Christdemokratin einen Wandel, um insbesondere Beruf und Familie in Einklang zu bringen. „Was wir brauchen, sind Rahmenbedingungen, welche Frauen die gleichen Berufs- und Karrierechancen ermöglichen wie Männern“, sagte die Ministerin.

Den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zollte von der Leyen ihren Dank für die „Professionalisierung“ der Gleichstellungspolitik. Die Bundeskonferenz sei hierfür das beste Beispiel: „Die Impulse aus den Kommunen kommen hier zusammen, werden hier gebündelt und können mit einer starken Kraft dahinter in die Bundespolitik einfließen“, lobte sie.



Erste Reihe: Ursula von der Leyen (2.v.l.) und Gabriele Wenner (3.v.l.)

hart betroffen. Als kontraproduktiv für den Aufbau einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen wird die Bildung von Bedarfsgemeinschaften gesehen.

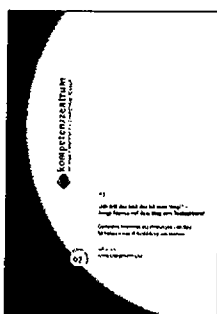
Keine Herdprämie

Ein Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen wollen, lehnen die Frauenvertreterinnen ab. Begründet wird die Ablehnung damit, dass einerseits das Betreuungsgeld das Fernbleiben der Kinder von Bildungseinrichtungen und andererseits einen langen Ausstieg von Müttern aus dem Erwerbsleben fördern

Studie

Hoher Einfluss der Eltern auf die Entscheidung für einen technischen Beruf

zwd Bielefeld (gev). Die Berufsorientierung junger Frauen in technische Berufe und Studiengänge ist im Zusammenhang mit dem Girls'Day erstmals wissenschaftlich untersucht worden. Nach den Ergebnissen der Studie, die das Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit Anfang Juli veröffentlicht hat, ist die Bedeutung des Elternhauses für die Berufswahl groß.



So arbeitet bei fast allen der befragten jungen Frauen, die sich für einen technischen Beruf oder Studiengang entschieden haben, der Vater ebenfalls in einem techni-

schen Beruf. Die ForscherInnen gehen davon aus, dass ein technisch geprägtes familiäres Umfeld die Entscheidung für einen technischen Beruf stark erleichtert. Diese jungen Frauen erhielten schon als Mädchen ein positives Bild von technischen Tätigkeiten, heißt es in der Publikation mit dem Titel „Ich will das und das ist mein Weg! – Junge Frauen auf dem Weg in Technikberufe“, die als siebter Band der Schriftenreihe des Kompe-

tenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit erschienen ist. Zudem hätten die Mädchen aus technik-affinen Elternhäusern früh die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln. Nun stelle sich die Frage, welche Unterstützung Schülerinnen ohne familiären Technik-Background bräuchten, um das Fehlen dieses Faktors auszugleichen. Einzelne Angebote zur Berufsorientierung, etwa Aktionstage, Informationsbroschüren, Beratungsgespräche oder Praktika haben nach der Untersuchung einen geringen Einfluss auf die Berufswahl.

Für die aktuelle Studie sind Interviews mit jungen Frauen aus verschiedenen Regionen Deutschlands geführt worden, die mit dem Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag ihren technischen Wunschberuf bzw. Ausbildungsplatz oder ihre Studienrichtung

gefunden haben. Dabei wird der Weg der jungen Frauen zur Berufsorientierung nachgezeichnet. Wichtige Aspekte in der Studie sind die Selbstwahrnehmung der jungen Frauen hinsichtlich ihrer Fähigkeiten und Interessen sowie ihr individuelles Bild vom jeweiligen Wunschberuf.

Technische Berufe gelten nicht als „unweiblich“

Die befragten Frauen betrachten technische Ausbildungs- oder Studienberufe als kreativ. Auffällig ist der Studie zufolge, dass gedankliche Raster, die technische Tätigkeiten als „männertypisch“ einordnen, kaum angelegt werden. Die jungen Frauen sähen vielmehr einen Zusammenhang zwischen „mädchentypischen“ Bastelarbeiten in der Kindheit und ihrer späteren Freude an technischen Tätigkeiten. Die Vermutung, dass junge Frauen durch ihren Freundeskreis und MitschülerInnen mit der Auffassung konfrontiert werden, dass technische Berufe „unweiblich“ sind, konnte die Studie nicht bestätigen.

www.kompetenzz.de/schriftenreihe

Unterstützung für Karriere und Berufswahl aus dem Netz

Das Internet hält eine Vielzahl an Angeboten speziell für Frauen bereit, die bei der Entscheidung für Beruf und Karriere nützlich sein können. Junge Frauen können beispielsweise unter www.tasteMINT.de mit dem Potenzialermittlungsverfahren „taste for girls“ testen, ob sie sich für einen Beruf in Technik, Handwerk oder IT eignen.

tasteMINT ist Teil der Initiative des Bundesbildungsministeriums „Komm, mach MINT. Zukunftsberufe für Frauen“. Das Portal www.komm-mach-MINT.de gibt einen bundesweiten Überblick über Projekte und Initiativen für Frauen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) an den Schnittstellen Schule-Studium und Schule-Beruf. Es kann gezielt nach Zielgruppe und Veranstaltungsort gesucht werden.

Frauen, die sich allgemein über Karrierestart, Selbstständigkeit und Berufswiedereinstieg informieren wollen, wer-

den beim Internetportal des Bundesfrauenministeriums www.frauenmachenkarriere.de fündig.

Das Community-Portal für die Themen Berufstätiger Frauen, www.femity.net, bietet Kontakte und Informationen rund um Karriere, Berufseinstieg sowie Know-how für Unternehmerinnen. Nach Angaben der BetreiberInnen kommunizieren und netzwerken über das Portal rund 12.500 Berufstätige aller Berufe und Branchen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Weibliche Fach- und Führungskräfte, die in oder für neue Medien arbeiten, finden unter www.webgirls.de das passende Netzwerk. Dort können Informatikerinnen, Rechtsanwältinnen, Steuerberaterinnen, Marketing- und PR-Fachfrauen, Screen-Designerinnen, Grafikerinnen und Journalistinnen Geschäftsbeziehungen knüpfen, sowie Jobs, Praktika und Ausbildungsplätze vermitteln.

Rede der BAG-Bundessprecherinnen

Es zahlt sich aus: Mehr Frauen in Vorständen

zwd Frankfurt (tag). In ihrer Rede auf der 19. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen zogen die BAG-Sprecherinnen Gabriele Wenner

und Roswitha Bocklage eine Bilanz zur Gleichstellungspolitik. Der zwd hat im Folgenden ausgewählte Auszüge der Rede für Sie zusammengestellt.

Soll und Haben 2008

[...] „Die Veränderung von gesetzlichen Bestimmungen erfolgt nach wie vor erst nach mehrjährigen Ping-Pong-Spielen mit dem Europäischen Gerichtshof und den mittlerweile wohl bekannten Ranking-Listen. Bei denen ist die Bundesrepublik mit wiederkehrender Regelmäßigkeit auf den letzten Plätzen zu finden, wenn es um Themen wie berufstätige Frauen, Lohngerechtigkeit oder Frauen in Führungspositionen geht. Trotzdem gibt es 2008 immer noch kein Gesetz zur Förderung der Frauen in der Privatwirtschaft. Auch McKinsey fand jetzt heraus, was die Frauenforschung schon lange weiß: „Women matter“ heißt die Untersuchung der nicht als feministisch verdächtigen Unternehmensberatung McKinsey. Sie besagt, dass Firmen mit den meisten Frauen im Vorstand im Vergleich zu solchen ohne Frauen eine bis zu 53 Prozent höhere Eigenkapitalrendite erzielen.“ [...]

„Wir wissen, dass gemischte Führungsteams sowohl ökonomisch als auch von der Unternehmenskultur her signifikant erfolgreicher sind. Im Klartext: Wo sich mindestens drei Frauen im Vorstand finden, steigen die Erträge nachweislich. Wussten wir's doch: Frauenförderung ist Wirtschaftsförderung! Im öffentlichen Dienst haben wir ja bereits einige Jahrzehnte Erfahrung mit der Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, mit Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben. [...]

[...] „Was können wir tun? Netzwerken, Seilschaften bilden, mehr Frauen in gute Positionen bringen. Immer wieder darauf hinweisen, dass sich das Betriebsklima und die Kundenkontakte verbessern und dass der Umsatz und die Gewinne steigen, wenn Führungspositionen nicht homogen, sondern gemischt besetzt sind.“ [...]

Eigenständige Frauenpolitik – eine Bilanz

[...] „Wir haben festgestellt, dass eine eigenständige Frauenpolitik kaum noch gesellschaftlicher Grund ist. Das gilt auch heute noch. Indizien hierfür sind zum Beispiel die fehlenden eigenständigen Frauenministerien auf Landes- und Bundesebene. Oder die Abspaltung und Zusammenlegung von kommunalpolitischen Ausschüssen, die sich ausschließlich mit Frauenpolitik beschäftigen. Die Infrastruktur für Frauen wird immer mehr zusammengestrichen. Wir sprechen hier über Gleichstellungsausschüsse, Frauenbüros und Frauenberatungsstellen, die gemeinsam von Politikern und Frauenbewegung in den letzten 40 Jahren aufgebaut wurden.“ [...]

[...] „Eigentliche Strukturen werden in Frage gestellt, einmachtet, beseitigt, ohne etwas Neues, Problematisches dafür zu ersetzen. Dabei hat Gender auf der Frauenspezifischen Seite nie verloren. Wir sind die Experten dafür, Familienpolitik, Jugendpolitik, Arbeitspolitik, Sozialpolitik und den kommunalen Wandel mit den Frauen schon immer zu gestalten. Gleichzeitige Diskussionen über männliche öffentliche Diskussionen um gleiches Elternteil für Frauen und Männer, um Gewalt gegen Frauen und Kinder, über Antidiskriminierung von Frauen und Kindern geführt und dazu Lösungen gefunden werden. Wir werden weiter – wir wollen trotzdem alles. Omnipotenz ist Frauen Sache.“ [...]

[...] „Von der Frauenbewegung gefordert und getragen, ist es auch ein toller Job, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zu sein.“ [...]

Die vollständige Rede findet www.zwdinfo.de -> Dokumente



Die BAG-Bundessprecherinnen Roswitha Bocklage und Gabriele Wenner

Die Vision

- „Die eigenständige Existenzsicherung für Frauen wie Männer ist Realität. Alleinerziehende finden gute Jobs und machen Karriere. Frauen sind zu 50% in den Aufsichtsräten, an den Universitäten, in den Parlamenten. Equal Pay ist Realität. Es gibt gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. „Frauenberufe“ gibt es nicht mehr.“
- „Die Hälfte der maßgeblichen Stellen in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung weltweit sind dank der guten Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und mit Unterstützung der Netzwerke mit Frauen besetzt.“
- „Bislang hat Anfragen für die Mannschaften Manchester United, Real Madrid und der Nationalmannschaft der Vereinigten Arabischen Emirate als Trainer zu kommen. Bei der Vorstellung für ein Schweregeld, die muss sich nur noch qualifizieren.“
- „Der Machtgefälle zwischen den Geschlechtern ist beseitigt.“

Barbara Stiegler: Leitvortrag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros Frauenpolitik zwischen Herdprämie und Equal Pay

zwd Frankfurt (gev). Barbara Stiegler, Leiterin des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat in ihrem Leitvortrag für die 19. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen im August in Frankfurt

den Schwerpunkt auf die ökonomischen Benachteiligung von Frauen gelegt. Neben der Ist-Analyse zeigte die Wissenschaftlerin Perspektiven und Strategien auf, um mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Der zwd dokumentiert zentrale Passagen in Auszügen:

Zur ökonomischen Situation der Geschlechter:

Vergleicht man die im Laufe eines Erwerbsarbeitslebens erreichten Einkommen zwischen Männern und Frauen, so kommt man bei den Frauen in Westdeutschland auf einen Anteil von 42% des Männer Einkommens, bei den Frauen in Ostdeutschland immerhin auf 70%.

„Interessant ist, dass Frauen in Westdeutschland, die keine Kinder haben, etwa 84% dessen im Laufe ihres Lebens verdienen was die Männer verdienen, Frauen in Ostdeutschland 82% (Bericht zur Lohn- und Einkommenssituation von Frauen und Männern 2002, S. 149ff.). In diesen Verhältniszahlen spiegelt sich nicht nur die Lohnlücke zwischen Branchen oder zwischen Berufen, sondern vielmehr auch die Lohneinbußen auf Grund von Teilzeitarbeit und Unterbrechungszeiten.“ [...]

„Frauen, die der traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung in ihren Biographien folgen, verdienen also im Laufe ihres Lebens noch nicht einmal die Hälfte dessen, was vergleichbare Männer verdienen. Direkt von Armut betroffen sind besonders alleinerziehende Mütter. Auch die Tatsache, dass unter den Reichen (definiert als ein Einkommensbezug von 200% des durchschnittlichen Einkommens) nur 7 % Frauen sind (Hirsche 2005), belegt die extrem schiefe Verteilung von materiellen Ressourcen zwischen Frauen und Männern.“ [...]

„Vergleicht man Personen mit gleicher Ausbildung, gleichem Alter, im gleichen Betrieb, so beträgt der Lohnunterschied immerhin noch 12%. [...] Forschungsergebnisse aus den USA und Skandinavien zeigen, dass dort so gut wie keine geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede im gleichen Beruf und im gleichen Betrieb zu finden sind“ (Gartner, Hinz 2005 S.1).“ [...]

„Frauen sind darüber hinaus viel häufiger im Niedriglohnsektor beschäftigt und der Niedriglohnanteil an allen beschäftigten beträgt für Frauen 30,5%, für Männer 14,2%. Von allen Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, sind 68 % weiblich.“ [...]

Geschlechtsbezogene Armutsrisiken von Frauen sind:

- Mutterschaft und nicht oder geringe Erwerbstätigkeit
- Mutterschaft und alleinerziehend
- Mutterschaft von 3 und mehr Kindern
- Betroffenheit von männlicher Gewalt“ [...]

Frauenpolitische Perspektiven und Strategien:

„Frauenpolitik muss viel stärker als bisher die Sorgearbeit, ihre Organisation und geschlechtsbezogene Zuordnung zum Thema machen.“ [...]

„Die notwendige unbezahlte Arbeit wird vermindert, das kann durch Kinderbetreuungsangebote, durch Pflegeangebote, insgesamt durch eine Verlagerung der Arbeiten aus der Privatsphäre in die Sphäre der Erwerbsarbeit (Professionalisierung) passieren. Öffentliche Unterstützungen für private Arbeit, wie z. B. das Betreuungsgeld aber auch das Pflegegeld, verhindern, dass die private Arbeit vermindert wird.“

„Die verbleibende notwendige Arbeit wird zwischen den Geschlechtern geteilt: Das kann u.a. durch verpflichtende Erziehungszeiten für Väter und Pflegezeiten für Söhne geschehen.“ [...]

„Alle Regelungen, die die traditionelle Arbeitsteilung noch unterstützen, wie z.B. das Ehegattensplitting oder die Steuerklasse V, werden umgewandelt.“ [...]

„Geschlechterpolitische Strategien gegen die Lohnungleichheit sind: Frauenförderung in den Betrieben, Quotierungsregelungen, nicht diskriminierende Arbeitsbewertungsverfahren. Gleichzeitig sind die professionellen Sorgeberufe aufzuwerten und den technischen Berufen in Qualifizierung und Bezahlung gleichzustellen.“ [...]

„Eine konsequente Frauenförderung bedeutet, dass das Geschlecht für die Besetzung von Positionen, für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und für die Entlohnung keine Rolle mehr spielt.“ [...]

„Quoten legen fest, wie viele Positionen für Männer und wie viele Positionen für Frauen reserviert werden. Allgemein kann man sagen, dass spezielle Maßnahmen für Frauen in bestimmten Lebenssituationen solange nötig sind, wie die differenten und hierarchischen Geschlechterverhältnisse noch so signifikant wirken.“ [...]

„Gender Budgeting ist die Anwendung von Gender Mainstreaming im Bereich der öffentlichen Haushalte: Haushaltsaufstellung, Haushaltsausführung und Rechnungslegung werden darauf überprüft, in welcher Weise die einzelnen Titel oder Produkte die Geschlechterverhältnisse beeinflussen“ [...]

Komplett unter: www.zwd.info -> Dokumente



Barbara Stiegler, Leiterin des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung

19. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros – ausgewählte Beschlüsse Für Änderungen im SGB II, gegen Betreuungsgeld

zwd Frankfurt (gev). In ihrer nichtöffentlichen Sitzung hat die Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen verschiedene Anträge der einzelnen Landesarbeitsgemeinschaften beraten. Der **zwd** dokumentiert eine Zusammenfassung der wichtigsten Beschlüsse:

SGB II

Leitthema war die erneute Forderung, das SGB II hinsichtlich seiner Geschlechtergerechtigkeit nachzubessern. Hierzu sind sowohl die geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und die Aufnahme eines geschlechtsspezifischen Controllings in die strategischen Ziele erforderlich.

Bei der Überarbeitung der Organisation der ARGE'n sieht die BAG die Kommunen als diejenigen, die über die notwendige Erfahrung und Sensibilität im Umgang mit dem Klientel verfügen. Grundsätzlich wurde ebenfalls festgestellt, dass die Instrumente des SGB II nicht ausreichend flexibel sind, um Menschen aus ihrer Hilfebedürftigkeit zu bringen. Hierzu hat die Einschränkung der Finanzierung „sonstiger weiterer Leistungen“ in diesem Jahr verschärfend beigetragen.

Im Einzelnen stellt die BAG fest, dass die Beitragssätze keine volle soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Dies trifft Alleinerziehende besonders hart. Des Weiteren wurde kritisiert, dass die Bildung von Bedarfsgemeinschaften kontraproduktiv bezüglich der Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen zu sehen ist. Darüber hinaus muss eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit hilfebedürftige unter-25-jährige Schwangere und Mütter mit Kind ein Anrecht auf die Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung für eine eigene Wohnung garantiert wird.

Nach dem SGB II steht Leistungsempfängerinnen keine Übernahme empfängnisverhütender Mittel mehr zu. Diese Kosten werden bis zum 20. Lebensjahr von der Krankenkasse übernommen, danach nicht mehr. Die BAG fordert die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass Verhütungsmittelkosten auch für über 20jährige Frauen vom Sozialhilfeträger übernommen werden, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern.

Bekämpfung häuslicher Gewalt

Die BAG kritisiert die Diskrepanz zwischen der bundesweit geltenden Rechtsauffassung zum Gewaltschutz und der – nach wie vor – freiwilligen Finanzierung der entsprechenden frauenspezifischen Infrastruktur.

Sie fordert daher, die notwendigen Angebote und Einrichtungen für gewaltbetroffene Frauen pflichtig, dauerhaft und flächendeckend abzusichern.

Die BAG beanstandet die teilweise unzumutbar lange Wartezeit im Hinblick auf die Gerichtsverfahren bei häuslicher und sexueller Gewalt. Wenn die betroffene Frau bis zu einem halben Jahr ohne gerichtliche Klärung und ggf. Sanktionierung der Tat „überbrücken“ muss, bedeutet dies auch, dass sie für diesen Zeitraum offiziell und oft auch faktisch dem Druck des gewalttätigen Partners ausgesetzt ist. Das wiederum führt recht häufig zu einer Verunsicherung und oft sogar zu einer Rücknahme der Aussagebereitschaft bei Gericht.

Die BAG empfiehlt, in einem Modellversuch die Wirksamkeit eines beschleunigten Verfahrens zu erproben.



Teilnehmerinnen der 19. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Prostitution

Die oft schwierige Situation von Frauen in der Prostitution ist nicht mehr auf der frauenpolitischen Agenda – sowohl in den Ländern als auch in den Kommunen.

Die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert deshalb den Ausbau und die dauerhaft gesicherte Finanzierung von Fachberatungsstellen für Prostituierte.

Demografischer Wandel

Die Pflege von alten Menschen wird künftig angesichts der demografischen Entwicklung und zunehmender Frauenerwerbstätigkeit immer weniger von Töchtern oder Schwiegertöchtern übernommen werden können.

Die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung hält an dieser Annahme jedoch offensichtlich fest.

Die Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros wird die Bundesregierung auffordern, den Ausbau alternativer Wohnformen im Alter stärker zu fördern.

Equal Pay auch im TvÖD

Die Bundesarbeitsgemeinschaft empfiehlt eine diskriminierungskritische Analyse des TvÖD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) und seiner bisherigen Umsetzung, sowie der vorliegenden Vorschläge für die neue Entgeltordnung.

„Herdprämie“

Aus gleichstellungs- und bildungspolitischer Sicht wird das Betreuungsgeld von der BAG abgelehnt, da es einerseits das Fernbleiben der Kinder von Bildungseinrichtungen und andererseits einen langen Ausstieg von meist Müttern aus dem Erwerbsleben fördert.

Beschlüsse komplett unter www.zwd.info

Treffen der Frauen Union der CDU (FU)

Ziel für 2018: Ein Drittel Frauen in Vorständen von Dax-Unternehmen und Gewerkschaften

zwd Berlin (tag). Die Vorsitzende der Frauen Union (FU) der CDU, Prof. Maria Böhmer, will bis zum Jahr 2018 eine deutliche Steigerung des Frauenanteils in deutschen Führungsetagen erreichen.

In zehn Jahren sollten jeweils ein Drittel Frauen in Führungspositionen der CDU, in Vorständen von DAX-Unternehmen und Gewerkschaften in der Bilanz stehen, sagte Böhmer auf dem FU-Treffen „Frauen an der Spitze – Frauen an die Spitze“ am 16. September in Berlin. In der Medienbranche müssten zum anvisierten Datum – dem 70. Geburtstag der FU – die Spitzenposten ebenfalls zu einem Drittel mit Intendantinnen und Chefredakteurinnen besetzt sein.

Böhmer: Gute Bedingungen für Spitzenfrauen

„Ich bin überzeugt, dass wir das gerade auch mit Blick auf die Wirtschaft schaffen können“, zeigte sich Böhmer angesichts der gegenwärtigen Voraussetzungen zuversichtlich. Frauen seien heute besser gebildet und ausgebildet als je zuvor. Zudem werden nach den Worten der Christ-

demokratin der demografische Wandel und der sich abzeichnende Fachkräftemangel dazu beitragen, dass es sich kein Unternehmen mehr leisten kann, auf die Fähigkeiten der Hälfte der Bevölkerung zu verzichten. Böhmer wies darauf hin, dass zahlreiche Unternehmer in den nächsten Jahren aus Altersgründen ihren Betrieb an einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin übergeben. „Dies muss für Töchter und Mitarbeiterinnen ebenso eine Chance sein, wie für Söhne oder Mitarbeiter“, forderte sie. Bis 2009 würden rund 354.000 Unternehmensübergaben innerhalb von Familienbetrieben erfolgen.

Persönliche Karrierewege

Um dem politischen Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, einen Schritt näher zu kommen, hatte die FU rund 100 bereits erfolgreiche weibliche Führungskräfte aus Wirtschaft, Medien, Politik und Gesellschaft zum gemeinsamen Austausch eingeladen. Einige von ihnen, wie Claudia Baumhöver, berichteten über ihren eigenen Karriereweg. Baumhöver, Verlegerin des Jahres 2007, hat den Hörbuchverlag aufgebaut. Sie schaffte es, sich in der männlich ge-



Von links: Ingrid Haase, Blank, Böhmer, Meier, Jörn, der FU, Claudia Baumhöver, Christine Eichler, Nicola Leibinger-Kammüller, Susanne Klöß, Petra Ledendecker, Prof. Maria Böhmer

prägten Welt des Buchhandels zu behaupten und das Medium „Hörbuch“ auf dem deutschen Markt zu etablieren. In einer abschließenden Diskussion mit Baumhöver, Nicola Leibinger-Kammüller, Vorsitzende der Geschäftsführung der TRUMPF GmbH, Petra Ledendecker, Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen, sowie Susanne Klöß, Managing Director bei Accenture, wurde einmal mehr die Notwendigkeit eines intensiven Netzwerkes deutlich. Anders sei eine stärkere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen nicht zu erreichen, betonten die erfolgreichen Führungsfrauen.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Initiative zur geschlechtsspezifischen Diagnostik und Behandlung gestartet

zwd Mainz (jvo). Mit einer Informationskampagne sollen in Rheinland-Pfalz künftig Patientinnen und MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen für frauenspezifische Symptome bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen sensibilisiert werden. Hierfür plant das Landesgesundheitsministerium in einem ersten Schritt, Informations-Broschüren und Falbblätter in den Arztpraxen zu verteilen.

Ziel sei es, die Prävention, Diagnostik und Versorgung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Frauen zu verbessern, sagte Gesundheitsministerin Malu Dreyer (SPD) zur Vorstellung der Landesinitiative Frauengesundheit

„Herzinfarkt, Schlaganfall – Frauensache!“ am 25. September in Mainz.

Eine geschlechtsspezifische Diagnostik und Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist auch aus Sicht der SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert dringend geboten. Sie forderte zum Weltherztag am 28. September Schulungen für ÄrztInnen, damit Frauen mit Herzinfarkt medizinisch besser versorgt werden.

Ruth Strasser, Professorin am Herzzentrums Dresden, schätzt, dass etwa jede dritte Herzinfarkt-Patientin über 65 stirbt, bevor sie die Klinik erreicht. Die Symptome bei Frauen würden

häufig nicht richtig gedeutet, so dass ärztliche Hilfe in vielen Fällen zu spät gerufen werde. Die Unterversorgung der Frauen bei Herz-Kreislauferkrankungen bezeichnete sie als „besonderes Problem“, das es künftig im Gesundheitswesen zu bekämpfen gelte.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen verursachen bei Frauen die meisten Todesfälle. 209.375 Frauen starben laut Statistischem Bundesamt 2006 an den Folgen.

Internetseite der Landesinitiative Frauengesundheit Rheinland-Pfalz: www.frauengesundheit.rlp.de/

Kinderförderungsgesetz (KiFöG)

SPD setzte sich durch: Keine Gleichbehandlung von privaten und gemeinnützigen Kita-Trägern

zwd Berlin (tag). Der Bundestag hat am 26. September das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) beschlossen. Bis zum Jahr 2013 sollen bundesweit deutlich mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen werden.

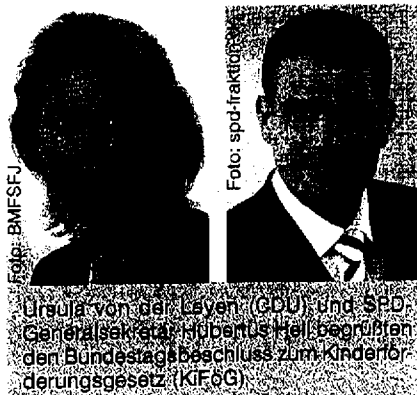
Das KiFöG setze Meilensteine für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für mehr Bildung der Kinder", begrüßte Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) den Bundestagsbeschluss. Zum ersten Mal werde im Jahr 2013 jedes Kind ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf diese frühe Förderung haben, blickte von der Leyen voraus. „Darauf können wir stolz sein“, ergänzte sie. Denn es sei der Erfolg einer gemeinsamen Kraftanstrengung, die nur Hand in Hand mit Bund, Ländern und Gemeinden bewältigt werden konnte, so die Ministerin weiter.

Heil: „Erfolg trägt Handschrift der SPD“

Die Koalitionspartnerin SPD betrachtet die Durchsetzung des KiFöG als eigene Erfolgsgeschichte. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil bezeichnete das Gesetz als „Quantensprung“, der jungen Eltern endlich Wahlfreiheit ermögliche. Frauen und Männer könnten Beruf und Familie besser vereinbaren und alle Kinder erhielten von Anfang an eine gute Förderung. „Das heute verabschiedete Gesetz ist ein großer Erfolg für eine moderne Familienpolitik und dieser Erfolg trägt die Handschrift der SPD“, fuhr Heil fort.

Die FDP übte scharfe Kritik an der fehlenden Gleichbehandlung von gemeinnützigen und privaten Kindertagesstätten. Die SPD hatte gegen den Willen von der Leyens erreicht, dass die zunächst vorgesehene Regelung – für private Kita-Träger die gleichen

staatlichen Fördersätze vorzusehen wie für die gemeinnützigen – aus dem KiFöG gestrichen wurde. Durch diesen Schritt hätten die Koalitionsfraktionen



die Chance verspielt, einen qualitätsfördernden Wettbewerb unter den Einrichtungen in Gang zu setzen, monierte Miriam Gruss, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion. Zudem werde ihr selbst gestecktes Ziel, bis 2013 für 35 Pro-

zent der unter Dreijährigen einen Betreuungsplatz zu schaffen, zu einem Ding der Unmöglichkeit. Als Begründung führte Gruss an, dass ohne die privaten Anbieter diese Marke nicht zu erreichen sei. Dies hätte auch von der Leyen in der Vergangenheit betont.

Auch die Oppositionsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken kritisierten das KiFöG. Während die Grünen-Abgeordnete Krista Sager die lange Phase des Betreuungsausbaus bemängelte, sprach die Linksparlamentarierin Diana Golze von einer unzureichenden Finanzierung, die insbesondere die Kommunen belaste.

Bund unterstützt Ausbau bis 2013 mit vier Milliarden Euro

Noch in diesem Jahr wird der Bundesrat über das KiFöG abstimmen. Am Ausbau der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder wird sich der Bund bis zum Jahr 2013 mit insgesamt vier Milliarden Euro beteiligen. ■